

Vorlage Nr. 101.18.302

28. September 2016  
1 von 1

**Informationsfreiheitsgesetz**

**Antrag**

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung 101.17.997 vom 07.10.2013 und 101.17.564 vom 26.09.2012 unverzüglich umzusetzen.

**Begründung:**

Mit den beiden vorgenannten Beschlüssen wurde der Magistrat aufgefordert, den Entwurf einer Informationsfreiheitsgesetz vorzulegen. Diese Beschlüsse hat der Magistrat bis heute nicht umgesetzt.

Berichtersteller/-in:            Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

gez. Dr. Bernd Hoppe  
Fraktionsvorsitzender